

Anhörung zur Besoldung von Beamten im hessischen Innenausschuss am 12. Januar 2023



**Pressespiegel 2023
11. und 12. Januar 2023**

hessenschau

Landesverband der Steuergewerkschaft Forderung nach mehr Geld für Beamte

Veröffentlicht am 11.01.23 um 17:22 Uhr

In der Debatte um eine bessere Bezahlung der Beamten in Hessen hat der Landesverband der Steuergewerkschaft das Land erneut zu deutlich mehr Zugeständnissen aufgefordert.

Für die Besoldungs- und Haushaltsjahre 2023 und 2024 sollte es eine Erhöhung von jeweils acht Prozent für die Finanzbediensteten geben, sagte der Vorsitzende Volz am Mittwoch in Gelnhausen. Die Anpassung dürfe nicht mit "Tippelschritten" erfolgen. Zuletzt hatte das Verwaltungsgericht entschieden, dass die Beamtenbesoldung von 2013 bis 2020 nicht ausreichte.

Quelle: hessenschau.de

Frankfurter Rundschau

FR.de · E-Paper · FR+ App

Forderung nach deutlich mehr Geld für Beamte in Hessen

Erstellt: 11.01.2023 Aktualisiert: 12.01.2023, 13:03 Uhr

[Kommentare](#)



Eurobanknoten liegen auf einem Tisch. © Patrick Pleul/dpa-Zentralbild/dpa/Illustration

In der Debatte um eine bessere Bezahlung der hessischen Beamten hat die Steuergewerkschaft das Land erneut zu deutlich mehr Zugeständnissen aufgefordert. Für die Besoldungs- und Haushaltsjahre 2023 und 2024 sollte es eine Erhöhung von jeweils acht Prozent für die Finanzbediensteten geben, sagte der Landesvorsitzende Michael Volz am Mittwoch in Gelnhausen.

Gelnhausen - Die Anpassung der Besoldung müsse mit großen und nicht mit Tappschritten erfolgen.

Hintergrund für die Forderung des Landesverbands der Deutschen Steuergewerkschaft ist eine Entscheidung des hessischen Verwaltungsgerichtshofs, nach der die Beamtenbesoldung gegen das Grundgesetz verstößt. Demnach wurden die Beamten von 2013 bis 2020 nicht ausreichend bezahlt. Verbindlich entscheiden über die künftige Besoldung muss jedoch das Bundesverfassungsgericht: Nur

Karlsruhe kann über die Verfassungsmäßigkeit von Gesetzen urteilen. Die Entscheidung wird erst in etwa zwei Jahren erwartet.

Der Gesetzentwurf der schwarz-grünen Regierungsfractionen sieht zum 1. April 2023 und 1. Januar 2024 jeweils drei Prozent mehr Geld für die Beamten vor. Bevor das Gesetz im Parlament beschlossen wird, gibt es noch eine Anhörung im hessischen Landtag. Dort wollen die Steuergewerkschaft und auch der hessische Beamtenbund dbb nochmals ihre Forderungen vorbringen. dpa

Frankfurter Rundschau

FR.de · E-Paper · FR+ App



Vollzugsbeamte im Gefängnis haben einen harten Job, werden aber nicht gut bezahlt. Foto: Rolf Oeser
© rolf öser

Beamtenbesoldung

Hessen: Kritik an schwarz-grüner Besoldungsreform



Von Hanning Voigts

Der Innenausschuss des hessischen Landtages lädt Gewerkschaften und Sachverständige zu einer Anhörung ein. Eine geplante Reform der Regierung zur Beamtenbesoldung erfährt dabei massive Kritik.

Empörung, Wut und teils sogar Resignation: Gewerkschaftsvertreter:innen haben am Donnerstagmorgen im hessischen Landtag geschildert, was die jahrelange Debatte um die

Besoldung in Hessen bei Beamtinnen und Beamten ausgelöst hat. Der Innenausschuss hatte zu einer Anhörung zum aktuellen Gesetzentwurf der schwarz-grünen Koalition geladen, der vorsieht, die Bezüge der Beamt:innen in diesem und im nächsten Jahr um jeweils drei Prozent anzuheben und die Kinderzuschläge deutlich zu erhöhen.

Hintergrund sind langjährige Auseinandersetzungen um eine angemessene Alimentation von Beamt:innen und ein Urteil des hessischen Verwaltungsgerichtshofs, der Ende 2021 entschieden hatte, dass die Besoldung hessischer Staatsdiener:innen teils seit Jahren zu niedrig und damit verfassungswidrig ist. Die geplante schwarz-grüne Reform soll die Bezüge anheben, im Entwurf wird aber eingeräumt, dass der verfassungswidrige Zustand damit nicht beseitigt wird. Dies sei derzeit nicht zu finanzieren.

Hessen: Die Entwicklung der letzten Jahre hat die Beamten „auf die Bäume getrieben“

Heini Schmitt vom DBB Beamtenbund und Tarifunion sagte, die Entwicklung der letzten Zeit, insbesondere die Nullrunde 2015, habe die Beamt:innen „auf die Bäume getrieben“ und zu viel Frust geführt. Eine „Besoldungsreparatur“ sei nur über die Anhebung des Grundgehalts zu lösen, weil hiervon gerade die unteren Besoldungsgruppen profitierten. Da Kinder „kein dienstlicher Faktor“ seien, dürften nicht nur die Familienzuschläge angehoben werden.

Birgit Kannegießer vom Landesverband der Justizvollzugsbediensteten Hessen (BSBD) kritisierte, dass mit der geplanten Reform die unterste Besoldungsgruppe A5 wegfalle. Dies sei „eine Katastrophe“, da dann etwa Gerichtswachtmeister genauso bezahlt würden wie Beamt:innen im Vollzugsdienst der Gefängnisse, die aber höhere Voraussetzungen erfüllen müssten.

Hessen: „Massive Nachwuchssorgen“ etwa im Justizvollzug

Dabei habe der Justizvollzug bereits „massive Nachwuchssorgen“, klagte Kannegießer. Die geplanten sechs Prozent Erhöhung in diesem und nächsten Jahr glichen zudem nicht einmal die aktuell hohe Inflation aus.

Auch Michael Volz von der Deutsche Steuergewerkschaft (DSTG) monierte, die geplante Reform gehe „nicht weit genug“, es brauche endlich „einen richtigen Wurf“. Volz schlug acht Prozent mehr in diesem und im nächsten Jahr vor und 2025 noch einmal mindestens acht Prozent, um dann den Abstand zwischen den einzelnen Besoldungsgruppen regeln zu können.

Hessen: Eine Richterin kritisiert die „jahrelange Untätigkeit“ der Landespolitik

Christine Schröder vom Richterbund Hessen forderte zudem eine Nachzahlung der teils seit 2013 zu wenig gezahlten Bezüge. Die „jahrelange Untätigkeit“ des Landes sei nicht mehr nachvollziehbar, so die Richterin.

Die Finanzwissenschaftlerin Gisela Färber forderte eine grundlegende Neuregelung der Alimentation von Beamt:innen. Familien würden zu stark bevorzugt, das produziere ein „Gerechtigkeitsproblem“. Die Alleinverdienerehe könne zudem nicht mehr als Maßstab gelten, da es sie kaum noch gebe, sagte Färber. Sie sehe „größeren Handlungsbedarf“, um das

Beamtenwesen in Zeiten des Fachkräftemangels zukunftsfest zu machen, so die Expertin.
(Hanning Voigts)

WIESBADENER KURIER

Hessen

Forderung nach deutlich mehr Geld für Beamte in Hessen



Forderung nach deutlich mehr Geld für Beamte in Hessen

Gelnhausen (dpa/lhe) - . In der Debatte um eine bessere Bezahlung der hessischen Beamten hat die Steuergewerkschaft das Land erneut zu deutlich mehr Zugeständnissen aufgefordert. Für die Besoldungs- und Haushaltsjahre 2023 und 2024 sollte es eine Erhöhung von jeweils acht Prozent für die Finanzbediensteten geben, sagte der Landesvorsitzende Michael Volz am Mittwoch in Gelnhausen. Die Anpassung der Besoldung müsse mit großen und nicht mit Tappelschritten erfolgen.

Hintergrund für die Forderung des Landesverbands der Deutschen Steuergewerkschaft ist eine Entscheidung des hessischen Verwaltungsgerichtshofs, nach der die Beamtenbesoldung gegen das Grundgesetz verstößt. Demnach wurden die Beamten von 2013 bis 2020 nicht ausreichend bezahlt. Verbindlich entscheiden über die künftige Besoldung muss jedoch das Bundesverfassungsgericht: Nur Karlsruhe kann über die Verfassungsmäßigkeit von Gesetzen urteilen. Die Entscheidung wird erst in etwa zwei Jahren erwartet.

Der Gesetzentwurf der schwarz-grünen Regierungsfractionen sieht zum 1. April 2023 und 1. Januar 2024 jeweils drei Prozent mehr Geld für die Beamten vor. Bevor das Gesetz im Parlament beschlossen wird, gibt es noch eine Anhörung im hessischen Landtag. Dort wollen die Steuergewerkschaft und auch der hessische Beamtenbund dbb nochmals ihre Forderungen vorbringen.

dpa

DARMSTÄDTER ECHO

Steuer-Gewerkschaft fordert gesetzeskonforme Besoldung

Hessische Finanzbedienstete sollen acht statt drei Prozent mehr bekommen / Heute Anhörung zur Beamtenbesoldung im Landtag

Von Sascha Kircher

GELNHAUSEN. Der hessische Landesverband der Deutschen Steuer-Gewerkschaft (DSTG) fordert vor der Anhörung im Landtag deutliche Verbesserungen für die Finanzbediensteten. Am Donnerstag geht es um das geplante Gesetz zur weiteren Anpassung der Besoldung und Versorgung. Diese soll für die Landesbeamten, Richter und Pensionäre in zwei Stufen zum

1. April 2023 und 1. Januar 2024 um jeweils drei Prozent angehoben werden. Zuvor hatte der hessische Verwaltungsgerichtshof in Kassel Ende 2021 dem Land als Arbeitgeber bescheinigt, dass die Beamtenbesoldung zu niedrig und damit verfassungswidrig sei. Darauf wurde vergangenen November mit einem Gesetzentwurf reagiert.

Dieser gehe in die richtige Richtung, die Schritte müssten aber größer und rascher erfol-

gen, kritisiert die DSTG Hessen in einer Stellungnahme. Die Gewerkschaft fordert jeweils acht statt drei Prozent für 2023 und 2024 sowie einen weiteren Schritt mit einer Erhöhung um acht Prozent im Jahr 2025, um die gesetzlich vorgegebenen Abstände innerhalb der Besoldungstabelle neu zu definieren. „Es geht hier nicht um Privilegien, die obendrauf kommen, sondern um die Mindestbezahlung“, betonte der Vorsitzende

Michael Volz am Mittwoch in Gelnhausen. Der Besoldungs- und Haushaltsgesetzgeber schulde seinen aktuellen und ehemaligen Bediensteten schlicht eine gesetzeskonforme Besoldung. „Das ist keine Kür, das ist Pflicht!“

Die Anhebung des Eingangssatzes im mittleren Dienst von A5 nach A6 reiche nicht weit genug. Indem das Land den Finanzbeamten und Tarifangestellten vorenthalte, was diesen

zustehe, verschärfe es die Suche nach Nachwuchskräften, die in der freien Wirtschaft als stärkstem Konkurrent lukrativere Angebote vorfänden, so Volz. Außerdem erschwere es die Bemühungen, Personal, gerade in der Steuerfinanzverwaltung, zu halten. „Uns laufen die Leute weg“, klagte Volz. Selbst im gehobenen Dienst komme nur noch gut die Hälfte der Kräfte an, die eine entsprechende Laufbahn gestartet hätten.

Frankfurter Allgemeine

ZEITUNG  FAZ.NET

Forderung nach deutlich mehr Geld für Beamte in Hessen

Aktualisiert am 11.01.2023-16:16

In der Debatte um eine bessere Bezahlung der hessischen Beamten hat die Steuergewerkschaft das Land erneut zu deutlich mehr Zugeständnissen aufgefordert. Für die Besoldungs- und Haushaltsjahre 2023 und 2024 sollte es eine Erhöhung von jeweils acht Prozent für die Finanzbediensteten geben, sagte der Landesvorsitzende Michael Volz am Mittwoch in Gelnhausen. Die Anpassung der Besoldung müsse mit großen und nicht mit Tappschritten erfolgen.

Hintergrund für die Forderung des Landesverbands der Deutschen Steuergewerkschaft ist eine Entscheidung des hessischen Verwaltungsgerichtshofs, nach der die Beamtenbesoldung gegen das Grundgesetz verstößt. Demnach wurden die Beamten von 2013 bis 2020 nicht ausreichend bezahlt. Verbindlich entscheiden über die künftige Besoldung muss jedoch das Bundesverfassungsgericht: Nur Karlsruhe kann über die Verfassungsmäßigkeit von Gesetzen urteilen. Die Entscheidung wird erst in etwa zwei Jahren erwartet.

Der Gesetzentwurf der schwarz-grünen Regierungsfractionen sieht zum 1. April 2023 und 1. Januar 2024 jeweils drei Prozent mehr Geld für die Beamten vor. Bevor das Gesetz im Parlament beschlossen wird, gibt es noch eine Anhörung im hessischen Landtag. Dort wollen die Steuergewerkschaft und auch der hessische Beamtenbund dbb nochmals ihre Forderungen vorbringen.

Quelle: dpa

Forderung nach deutlich mehr Geld für Beamte in Hessen



Erstellt: 11.01.2023, 16:19 Uhr

Eurobanknoten liegen auf einem Tisch. © Patrick Pleul/dpa-Zentralbild/dpa/Illustration

In der Debatte um eine bessere Bezahlung der hessischen Beamten hat die Steuergewerkschaft das Land erneut zu deutlich mehr Zugeständnissen aufgefordert. Für die Besoldungs- und Haushaltsjahre 2023 und 2024 sollte es eine Erhöhung von jeweils acht Prozent für die Finanzbediensteten geben, sagte der Landesvorsitzende Michael Volz am Mittwoch in Gelnhausen.

Gelnhausen - Die Anpassung der Besoldung müsse mit großen und nicht mit Tappschritten erfolgen.

Hintergrund für die Forderung des Landesverbands der Deutschen Steuergewerkschaft ist eine Entscheidung des hessischen Verwaltungsgerichtshofs, nach der die Beamtenbesoldung gegen das Grundgesetz verstößt. Demnach wurden die Beamten von 2013 bis 2020 nicht ausreichend bezahlt. Verbindlich entscheiden über die künftige Besoldung muss jedoch das Bundesverfassungsgericht: Nur Karlsruhe kann über die Verfassungsmäßigkeit von Gesetzen urteilen. Die Entscheidung wird erst in etwa zwei Jahren erwartet.

Der Gesetzentwurf der schwarz-grünen Regierungsfractionen sieht zum 1. April 2023 und 1. Januar 2024 jeweils drei Prozent mehr Geld für die Beamten vor. Bevor das Gesetz im Parlament beschlossen wird, gibt es noch eine Anhörung im hessischen Landtag. Dort wollen die Steuergewerkschaft und auch der hessische Beamtenbund dbb nochmals ihre Forderungen vorbringen. dpa

Süddeutsche Zeitung

Gewerkschaften - Gelnhausen:

Forderung nach deutlich mehr Geld für Beamte in Hessen

11. Januar 2023, 16:16 Uhr



Eurobanknoten liegen auf einem Tisch. Foto: Patrick Pleul/dpa-Zentralbild/dpa/Illustration (Foto: dpa)

Direkt aus dem dpa-Newskanal

Gelnhausen (dpa/lhe) - In der Debatte um eine bessere Bezahlung der hessischen Beamten hat die Steuergewerkschaft das Land erneut zu deutlich mehr Zugeständnissen aufgefordert. Für die Besoldungs- und Haushaltsjahre 2023 und 2024 sollte es eine Erhöhung von jeweils acht Prozent für die Finanzbediensteten geben, sagte der Landesvorsitzende Michael Volz am Mittwoch in Gelnhausen. Die Anpassung der Besoldung müsse mit großen und nicht mit Tappschritten erfolgen.

Hintergrund für die Forderung des Landesverbands der Deutschen Steuergewerkschaft ist eine Entscheidung des hessischen Verwaltungsgerichtshofs, nach der die Beamtenbesoldung gegen das Grundgesetz verstößt. Demnach wurden die Beamten von 2013 bis 2020 nicht ausreichend bezahlt. Verbindlich entscheiden über die künftige Besoldung muss jedoch das Bundesverfassungsgericht: Nur Karlsruhe kann über die Verfassungsmäßigkeit von Gesetzen urteilen. Die Entscheidung wird erst in etwa zwei Jahren erwartet.

Der Gesetzentwurf der schwarz-grünen Regierungskoalition sieht zum 1. April 2023 und 1. Januar 2024 jeweils drei Prozent mehr Geld für die Beamten vor. Bevor das Gesetz im Parlament beschlossen wird, gibt es noch eine Anhörung im hessischen Landtag. Dort wollen die Steuergewerkschaft und auch der hessische Beamtenbund dbb nochmals ihre Forderungen vorbringen.

ZEIT ONLINE

Forderung nach deutlich mehr Geld für Beamte in Hessen

11. Januar 2023, 16:16 Uhr Quelle: dpa Hessen

Hinweis

ZEIT ONLINE hat diese Meldung redaktionell nicht bearbeitet. Sie wurde automatisch von der Deutschen Presse-Agentur (dpa) übernommen.



In der Debatte um eine bessere Bezahlung der hessischen Beamten hat die Steuergewerkschaft das Land erneut zu deutlich mehr Zugeständnissen aufgefordert. Für die Besoldungs- und Haushaltsjahre 2023 und 2024 sollte es eine Erhöhung von jeweils acht Prozent für die Finanzbediensteten geben, sagte der Landesvorsitzende Michael Volz am Mittwoch in Gelnhausen. Die Anpassung der Besoldung müsse mit großen und nicht mit Tappschritten erfolgen.

Hintergrund für die Forderung des Landesverbands der Deutschen Steuergewerkschaft ist eine Entscheidung des hessischen Verwaltungsgerichtshofs, nach der die Beamtenbesoldung gegen das Grundgesetz verstößt. Demnach wurden die Beamten von 2013 bis 2020 nicht ausreichend bezahlt. Verbindlich entscheiden über die künftige Besoldung muss jedoch das Bundesverfassungsgericht: Nur Karlsruhe kann über die Verfassungsmäßigkeit von Gesetzen urteilen. Die Entscheidung wird erst in etwa zwei Jahren erwartet.

Der Gesetzentwurf der schwarz-grünen Regierungsfractionen sieht zum 1. April 2023 und 1. Januar 2024 jeweils drei Prozent mehr [Geld](#) für die Beamten vor. Bevor das Gesetz im Parlament beschlossen wird, gibt es noch eine Anhörung im hessischen Landtag. Dort wollen die Steuergewerkschaft und auch der hessische Beamtenbund dbb nochmals ihre Forderungen vorbringen.

© dpa-infocom, dpa:230111-99-184278/2



Main-Kinzig-Kreis

Forderung nach deutlich mehr Geld für Beamte in Hessen



Eurobanknoten liegen auf einem Tisch. Foto

© Patrick Pleul/dpa-Zentralbild/dpa/Illustration

11.01.2023, 16:16

In der Debatte um eine bessere Bezahlung der hessischen Beamten hat die Steuergewerkschaft das Land erneut zu deutlich mehr Zugeständnissen aufgefordert. Für die Besoldungs- und Haushaltsjahre 2023 und 2024 sollte es eine Erhöhung von jeweils acht Prozent für die Finanzbediensteten geben, sagte der Landesvorsitzende Michael Volz am Mittwoch in Gelnhausen. Die Anpassung der Besoldung müsse mit großen und nicht mit Tappelschritten erfolgen.

In der Debatte um eine bessere Bezahlung der hessischen Beamten hat die Steuergewerkschaft das Land erneut zu deutlich mehr Zugeständnissen aufgefordert. Für die Besoldungs- und Haushaltsjahre 2023 und 2024 sollte es eine Erhöhung von jeweils acht Prozent für die Finanzbediensteten geben, sagte der Landesvorsitzende Michael Volz am Mittwoch in [Gelnhausen](#). Die Anpassung der Besoldung müsse mit großen und nicht mit Tappelschritten erfolgen.

Hintergrund für die Forderung des Landesverbands der Deutschen Steuergewerkschaft ist eine Entscheidung des hessischen Verwaltungsgerichtshofs, nach der die Beamtenbesoldung gegen das Grundgesetz verstößt. Demnach wurden die Beamten von 2013 bis 2020 nicht ausreichend bezahlt. Verbindlich entscheiden über die künftige [Besoldung](#) muss jedoch das Bundesverfassungsgericht: Nur Karlsruhe kann über die Verfassungsmäßigkeit von Gesetzen urteilen. Die Entscheidung wird erst in etwa zwei Jahren erwartet.

Der Gesetzentwurf der schwarz-grünen Regierungsfractionen sieht zum 1. April 2023 und 1. Januar 2024 jeweils drei Prozent mehr Geld für die Beamten vor. Bevor das Gesetz im Parlament beschlossen wird, gibt es noch eine Anhörung im hessischen Landtag. Dort wollen die Steuergewerkschaft und auch der hessische Beamtenbund dbb nochmals ihre Forderungen vorbringen.

dpa



[Hessen](#)

Forderung nach deutlich mehr Geld für Beamte in Hessen

Stand: 12.01.2023



Eurobanknoten liegen auf einem Tisch.

Quelle: Patrick Pleul/dpa-Zentralbild/dpa/Illustration

Anzeige

In der Debatte um eine bessere Bezahlung der hessischen Beamten hat die Steuergewerkschaft das Land erneut zu deutlich mehr Zugeständnissen aufgefordert. Für die Besoldungs- und Haushaltsjahre 2023 und 2024 sollte es eine Erhöhung von jeweils acht Prozent für die Finanzbediensteten geben, sagte der Landesvorsitzende Michael Volz am Mittwoch in Gelnhausen. Die Anpassung der Besoldung müsse mit großen und nicht mit Tappschritten erfolgen.

Hintergrund für die Forderung des Landesverbands der Deutschen Steuergewerkschaft ist eine Entscheidung des hessischen Verwaltungsgerichtshofs, nach der die Beamtenbesoldung gegen das Grundgesetz verstößt. Demnach wurden die Beamten von 2013 bis 2020 nicht ausreichend bezahlt. Verbindlich entscheiden über die künftige Besoldung muss jedoch das Bundesverfassungsgericht: Nur [Karlsruhe](#) kann über die Verfassungsmäßigkeit von Gesetzen urteilen. Die Entscheidung wird erst in etwa zwei Jahren erwartet.

Der Gesetzentwurf der schwarz-grünen Regierungsfractionen sieht zum 1. April 2023 und 1. Januar 2024 jeweils drei Prozent mehr Geld für die Beamten vor. Bevor das Gesetz im Parlament beschlossen wird, gibt es noch eine Anhörung im hessischen Landtag. Dort wollen die Steuergewerkschaft und auch der hessische Beamtenbund dbb nochmals ihre Forderungen vorbringen.

dpa-infocom GmbH

Hessen

Forderung nach deutlich mehr Geld für Beamte in Hessen



Forderung nach deutlich mehr Geld für Beamte in Hessen

Gelnhausen (dpa/lhe) - . In der Debatte um eine bessere Bezahlung der hessischen Beamten hat die Steuergewerkschaft das Land erneut zu deutlich mehr Zugeständnissen aufgefordert. Für die Besoldungs- und Haushaltsjahre 2023 und 2024 sollte es eine Erhöhung von jeweils acht Prozent für die Finanzbediensteten geben, sagte der Landesvorsitzende Michael Volz am Mittwoch in Gelnhausen. Die Anpassung der Besoldung müsse mit großen und nicht mit Tappelschritten erfolgen.

Hintergrund für die Forderung des Landesverbands der Deutschen Steuergewerkschaft ist eine Entscheidung des hessischen Verwaltungsgerichtshofs, nach der die Beamtenbesoldung gegen das Grundgesetz verstößt. Demnach wurden die Beamten von 2013 bis 2020 nicht ausreichend bezahlt. Verbindlich entscheiden über die künftige Besoldung muss jedoch das Bundesverfassungsgericht: Nur Karlsruhe kann über die Verfassungsmäßigkeit von Gesetzen urteilen. Die Entscheidung wird erst in etwa zwei Jahren erwartet.

Der Gesetzentwurf der schwarz-grünen Regierungsfractionen sieht zum 1. April 2023 und 1. Januar 2024 jeweils drei Prozent mehr Geld für die Beamten vor. Bevor das Gesetz im Parlament beschlossen wird, gibt es noch eine Anhörung im hessischen Landtag. Dort wollen die Steuergewerkschaft und auch der hessische Beamtenbund dbb nochmals ihre Forderungen vorbringen.dpa

Gießener Allgemeine

Beamte fordern bessere Bezahlung

Erstellt: 11.01.2023, 17:21 Uhr

[Kommentare](#)

Gelnhausen - In der Debatte um eine bessere Bezahlung der hessischen Beamten hat die Steuergewerkschaft das Land erneut zu deutlich mehr Zugeständnissen aufgefordert. Für die Besoldungs- und Haushaltsjahre 2023 und 2024 sollte es eine Erhöhung von jeweils acht Prozent für die Finanzbediensteten geben, sagte der Landesvorsitzende Michael Volz am gestrigen Mittwoch in Gelnhausen.

Hintergrund für die Forderung des Landesverbands der Deutschen Steuergewerkschaft ist eine Entscheidung des hessischen Verwaltungsgerichtshofs, nach der die Beamtenbesoldung gegen das Grundgesetz verstößt. Demnach wurden die Beamten von 2013 bis 2020 nicht ausreichend bezahlt. Verbindlich entscheiden über die künftige Besoldung muss jedoch das Bundesverfassungsgericht. Dpa

Oberhessische Presse



Oberhessische Presse / Hessen

12.01.2023

Gewerkschaft will mehr Geld für Beamte

In der Debatte um eine bessere Bezahlung der hessischen Beamten hat die Steuer-
gewerkschaft das Land erneut zu deutlich mehr Zugeständnissen aufgefordert. Für
die **Besoldungs-** und Haushaltsjahre 2023 und 2024 sollte es eine Erhöhung von je-
weils acht Prozent für die Finanzbediensteten geben, sagte der Landesvorsitzende
Michael **Volz** am Mittwoch in Gelnhausen. Die Anpassung der **Besoldung** müsse mit
großen und nicht mit Tappelschritten erfolgen. dpa

82 Wörter [PDF](#)



Main-Kinzig-Kreis: Forderung nach deutlich mehr Geld für Beamte in Hessen

Forderung nach deutlich mehr Geld für Beamte in Hessen

11.01.2023, 16:24 Uhr

In der Debatte um eine bessere Bezahlung der hessischen Beamten hat die Steuergewerkschaft das Land erneut zu deutlich mehr Zugeständnissen aufgefordert. Für die Besoldungs- und Haushaltsjahre 2023 und 2024 sollte es eine Erhöhung von jeweils acht Prozent für die Finanzbediensteten geben, sagte der Landesvorsitzende Michael Volz am Mittwoch in Gelnhausen. Die Anpassung der Besoldung müsse mit großen und nicht mit Tappschritten erfolgen.

Eurobanknoten liegen auf einem Tisch. © Patrick Pleul/dpa-Zentralbild/dpa/Illustration

Hintergrund für die Forderung des Landesverbands der Deutschen Steuergewerkschaft ist eine Entscheidung des hessischen Verwaltungsgerichtshofs, nach der die Beamtenbesoldung gegen das Grundgesetz verstößt. Demnach wurden die Beamten von 2013 bis 2020 nicht ausreichend bezahlt. Verbindlich entscheiden über die künftige Besoldung muss jedoch das Bundesverfassungsgericht: Nur Karlsruhe kann über die Verfassungsmäßigkeit von Gesetzen urteilen. Die Entscheidung wird erst in etwa zwei Jahren erwartet.

Der Gesetzentwurf der schwarz-grünen Regierungsfractionen sieht zum 1. April 2023 und 1. Januar 2024 jeweils drei Prozent mehr Geld für die Beamten vor. Bevor das Gesetz im Parlament beschlossen wird, gibt es noch eine Anhörung im hessischen Landtag. Dort wollen die Steuergewerkschaft und auch der hessische Beamtenbund dbb nochmals ihre Forderungen vorbringen.

© dpa

Weitere Veröffentlichungen:



Bürstädter Zeitung / Region

Steuer-Gewerkschaft fordert gesetzeskonforme Besoldung

Hessische Finanzbedienstete sollen acht statt drei Prozent mehr bekommen / Heute Anhörung zur Beamtenbesoldung im Landtag

GELNHAUSEN. Der hessische Landesverband der Deutschen Steuer-Gewerkschaft (DSTG) fordert vor der Anhörung im Landtag deutliche Verbesserungen für die Finanzbediensteten. Am Donnerstag geht es um das geplante Gesetz zur weiteren Anpassung der **Besoldung** und Versorgung. Diese soll für die Landesbeamten, Richter und Pensionäre in zwei Stufen zum 1. April 2023 und 1. Januar 2024 um jeweils drei Prozent angehoben werden. Zuvor hatte der hessische Verwaltungsgerichtshof in Kassel Ende 2021 dem Land als...

319 Wörter

12.01.2023





Main-Spitze / Region

Steuer-Gewerkschaft fordert gesetzeskonforme Besoldung

Hessische Finanzbedienstete sollen acht statt drei Prozent mehr bekommen / Heute Anhörung zur Beamtenbesoldung im Landtag

GELNHAUSEN. Der hessische Landesverband der Deutschen Steuer-Gewerkschaft (DSTG) fordert vor der Anhörung im Landtag deutliche Verbesserungen für die Finanzbediensteten. Am Donnerstag geht es um das geplante Gesetz zur weiteren Anpassung der **Besoldung** und Versorgung. Diese soll für die Landesbeamten, Richter und Pensionäre in zwei Stufen zum 1. April 2023 und 1. Januar 2024 um jeweils drei Prozent angehoben werden. Zuvor hatte der hessische Verwaltungsgerichtshof in Kassel Ende 2021 dem Land als...

316 Wörter

12.01.2023





Rüsselsheimer Echo / Region

Steuer-Gewerkschaft fordert gesetzeskonforme Besoldung

Hessische Finanzbedienstete sollen acht statt drei Prozent mehr bekommen / Heute Anhörung zur Beamtenbesoldung im Landtag

GELNHAUSEN. Der hessische Landesverband der Deutschen Steuer-Gewerkschaft (DSTG) fordert vor der Anhörung im Landtag deutliche Verbesserungen für die Finanzbediensteten. Am Donnerstag geht es um das geplante Gesetz zur weiteren Anpassung der **Besoldung** und Versorgung. Diese soll für die Landesbeamten, Richter und Pensionäre in zwei Stufen zum 1. April 2023 und 1. Januar 2024 um jeweils drei Prozent angehoben werden. Zuvor hatte der hessische Verwaltungsgerichtshof in Kassel Ende 2021 dem Land als...

319 Wörter

12.01.2023





Lampertheimer Zeitung / Region

Steuer-Gewerkschaft fordert gesetzeskonforme Besoldung

Hessische Finanzbedienstete sollen acht statt drei Prozent mehr bekommen / Heute Anhörung zur Beamtenbesoldung im Landtag

GELNHAUSEN. Der hessische Landesverband der Deutschen Steuer-Gewerkschaft (DSTG) fordert vor der Anhörung im Landtag deutliche Verbesserungen für die Finanzbediensteten. Am Donnerstag geht es um das geplante Gesetz zur weiteren Anpassung der **Besoldung** und Versorgung. Diese soll für die Landesbeamten, Richter und Pensionäre in zwei Stufen zum 1. April 2023 und 1. Januar 2024 um jeweils drei Prozent angehoben werden. Zuvor hatte der hessische Verwaltungsgerichtshof in Kassel Ende 2021 dem Land als...

319 Wörter

12.01.2023





Wetterauer Zeitung / Mantelredaktion

Beamte fordern bessere Bezahlung

Steuergewerkschaft verlangt für Finanzbedienstete Zugeständnisse vom Land

Gelnhausen - In der Debatte um eine bessere Bezahlung der hessischen Beamten hat die Steuergewerkschaft das Land erneut zu deutlich mehr Zugeständnissen aufgefordert. Für die **Besoldungs-** und Haushaltsjahre 2023 und 2024 sollte es eine Erhöhung von jeweils acht Prozent für die Finanzbediensteten geben, sagte der Landesvorsitzende **Michael Volz** am gestrigen Mittwoch in Gelnhausen. Hintergrund für die Forderung des Landesverbands der Deutschen Steuergewerkschaft ist eine Entscheidung des hessischen...

142 Wörter [PDF](#)

12.01.2023





Alsfelder Allgemeine / Mantelredaktion 12.01.2023

Beamte fordern bessere Bezahlung

Steuergewerkschaft verlangt für Finanzbedienstete Zugeständnisse vom Land

Gelnhausen - In der Debatte um eine bessere Bezahlung der hessischen Beamten hat die Steuergewerkschaft das Land erneut zu deutlich mehr Zugeständnissen aufgefordert. Für die **Besoldungs-** und Haushaltsjahre 2023 und 2024 sollte es eine Erhöhung von jeweils acht Prozent für die Finanzbediensteten geben, sagte der Landesvorsitzende **Michael Volz** am gestrigen Mittwoch in Gelnhausen. Hintergrund für die Forderung des Landesverbands der Deutschen Steuergewerkschaft ist eine Entscheidung des hessischen...

142 Wörter [PDF](#) 



Kreis-Anzeiger / Mantelredaktion 12.01.2023

Beamte fordern bessere Bezahlung

Steuergewerkschaft verlangt für Finanzbedienstete Zugeständnisse vom Land

Gelnhausen - In der Debatte um eine bessere Bezahlung der hessischen Beamten hat die Steuergewerkschaft das Land erneut zu deutlich mehr Zugeständnissen aufgefordert. Für die **Besoldungs-** und Haushaltsjahre 2023 und 2024 sollte es eine Erhöhung von jeweils acht Prozent für die Finanzbediensteten geben, sagte der Landesvorsitzende **Michael Volz** am gestrigen Mittwoch in Gelnhausen. Hintergrund für die Forderung des Landesverbands der Deutschen Steuergewerkschaft ist eine Entscheidung des hessischen...

140 Wörter [PDF](#) 



Usinger Anzeiger / Mantelredaktion 12.01.2023

Beamte fordern bessere Bezahlung

Steuergewerkschaft verlangt für Finanzbedienstete Zugeständnisse vom Land

Gelnhausen - In der Debatte um eine bessere Bezahlung der hessischen Beamten hat die Steuergewerkschaft das Land erneut zu deutlich mehr Zugeständnissen aufgefordert. Für die **Besoldungs-** und Haushaltsjahre 2023 und 2024 sollte es eine Erhöhung von jeweils acht Prozent für die Finanzbediensteten geben, sagte der Landesvorsitzende **Michael Volz** am gestrigen Mittwoch in Gelnhausen. Hintergrund für die Forderung des Landesverbands der Deutschen Steuergewerkschaft ist eine Entscheidung des hessischen...

142 Wörter [PDF](#) 



Taunus Zeitung / Hessen 12.01.2023

Mehr Geld für Beamte gefordert

Gelnhausen - In der Debatte um eine bessere Bezahlung der hessischen Beamten hat die Steuergewerkschaft das Land erneut zu mehr Zugeständnissen aufgefordert. Für die **Besoldungs-** und Haushaltsjahre 2023 und 2024 sollte es eine Erhöhung von jeweils acht Prozent für die Finanzbediensteten geben, sagte Landeschef **Michael Volz**. Hintergrund ist eine Entscheidung des Verwaltungsgerichtshofs, nach der die **Beamtenbesoldung** gegen das Grundgesetz verstößt. Ih

83 Wörter [PDF](#) 



Höchster Kreisblatt / Hessen 12.01.2023

Mehr Geld für Beamte gefordert

Gelnhausen - In der Debatte um eine bessere Bezahlung der hessischen Beamten hat die Steuergewerkschaft das Land erneut zu mehr Zugeständnissen aufgefordert. Für die **Besoldungs-** und Haushaltsjahre 2023 und 2024 sollte es eine Erhöhung von jeweils acht Prozent für die Finanzbediensteten geben, sagte Landeschef **Michael Volz**. Hintergrund ist eine Entscheidung des Verwaltungsgerichtshofs, nach der die **Beamtenbesoldung** gegen das Grundgesetz verstößt. Ih

81 Wörter [PDF](#) 